

Söder warnt: Ohne Asylwende droht das Koalitions-Aus!

CSU-Chef Söder äußert sich zur Asylpolitik bei Koalitionsverhandlungen. Migration als Schlüsselthema im Bundestagswahlkampf 2025.

Aschaffenburg, Deutschland - Die Diskussion um die Migrationspolitik in Deutschland wird angesichts der laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen der CSU, CDU und SPD immer intensiver. CSU-Chef Markus Söder äußerte klare Vorstellungen und stellte fest, dass der Erfolg dieser Gespräche von einer grundlegenden Wende in der Asylpolitik abhängt. „Ohne diese Wende wird es keine Zustimmung der CSU zu einer schwarz-roten Bundesregierung geben“, erklärte Söder. Er forderte die SPD auf, die Ergebnisse der Bundestagswahl zu berücksichtigen, insbesondere in Anbetracht von Stimmenverlusten an die AfD.

Söder sieht die Sondierungen mit der SPD zwar als positiv, doch betont er, dass noch viel Arbeit vor den Verhandlern liege. Er warnte vor möglichen Neuwahlen, sollten die Gespräche scheitern. Die CSU wird weiterhin darauf bestehen, dass eine Vielzahl von Themen, darunter Steuersenkungen und eine Änderung der Erbschaftssteuer, in die Koalitionsverhandlungen einfließt.

Neuer Antrag zur Migration

Parallel zu diesen Diskussionen hat die Bundestagsfraktion der Union einen Antrag zur Verschärfung der Migrationspolitik eingebracht, der am 29. Januar 2025 angenommen wurde. Dieser sieht umfassende Zurückweisungen von Asylsuchenden

an den deutschen Grenzen vor, was durch Stimmen der AfD und FDP ermöglicht wurde. Insgesamt stimmten 348 Abgeordnete für den Antrag, während ein abgelehnter zweiter Antrag weitere Reformvorschläge zur Migrationspolitik enthielt.

Zu den geforderten Maßnahmen zählen ein faktisches Einreiseverbot für Personen ohne gültige Dokumente sowie die Erhöhung der Befugnisse der Bundespolizei bei Rückführungen. Dauerhafte Grenzkontrollen werden gefordert, trotz bereits existierender stationärer Kontrollen an den deutschen Landgrenzen. Unionsfraktionschef Friedrich Merz bedauerte die Koalition mit den Stimmen der AfD und stellte neue Verhandlungen mit SPD und Grünen in Aussicht.

Migration im Wahlkampf

Migration bleibt ein zentrales Thema im Bundestagswahlkampf 2025. Die Union verfolgte zunächst eine zurückhaltende Haltung, veränderte jedoch ihren Kurs nach einem Messerangriff in Aschaffenburg. Mehrere Anträge und ein Gesetzentwurf zur Migrationspolitik wurden in den Bundestag eingebracht, darunter ein Fünf-Punkte-Plan, der mit Stimmen von Union, FDP und AfD verabschiedet wurde. Allerdings scheiterten zwei andere Anträge.

Die Parteien zeigen unterschiedliche Ansätze in ihren Wahlprogrammen zur Migration. Während die SPD beispielsweise eine Beschleunigung der Asylverfahren sowie umfassende Migrationsabkommen anstrebt, fordert die Union einen sofortigen Stopp des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte und die Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete. Die Grünen hingegen bekräftigen das Grundrecht auf Asyl und setzen sich für humanitäre Aufnahmeprogramme ein.

Die Diskussion über Migrationspolitik ist also nicht nur ein Thema der Koalitionsverhandlungen, sondern auch ein entscheidender Punkt für die Wählerinnen und Wähler im

bevorstehenden Wahlkampf. Die unterschiedlichen Positionen der Parteien könnten erheblichen Einfluss auf die politische Landschaft Deutschlands haben.

Details	
Vorfall	Migration
Ort	Aschaffenburg, Deutschland
Quellen	• www.merkur.de • www.tagesschau.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de